

Bundesanwaltschaft ermittelt gegen Mitarbeitenden von RUAG: Informations-Update

Bern, 27. März 2018. Im Fall eines Mitarbeitenden von RUAG, gegen den die Bundesanwaltschaft ermittelt und der wegen grober Verstösse gegen interne Richtlinien von RUAG letzte Woche freigestellt wurde, will RUAG aufgrund zahlreicher eingegangener Fragen, Fehlbeurteilungen in Publikationen sowie Missverständnissen folgende Klarstellungen vornehmen und zusätzliche Informationen veröffentlichen:

- RUAG hat vor einigen Wochen über die eigene Whistleblower-Stelle Kenntnis erhalten, dass ein Kadermitarbeiter im Verkauf ausserhalb seiner Tätigkeit bei RUAG einer - mutmasslich auch strafrechtlich relevanten - Nebenbeschäftigung nachgegangen ist, von der RUAG keine Kenntnis hatte und die von RUAG nicht autorisiert wurde. RUAG hat von sich aus und unverzüglich eine interne Untersuchung eingeleitet, die Schweizer Bundesanwaltschaft informiert und Strafanzeige eingereicht. RUAG kooperiert vollumfänglich mit der Behörde.
- Es stellt bereits einen schwerwiegenden Verstoss gegen interne Richtlinien und die RUAG Compliance-Regeln dar, einer Nebentätigkeit nachzugehen, ohne diese vorab von RUAG prüfen und genehmigen zu lassen.
- Nach aktuellem Kenntnisstand besteht aber ausdrücklich nicht der Verdacht, dass der betroffene Mitarbeitende Produkte von RUAG ausserhalb der RUAG Vertriebskanäle verkauft hat (etwa im Wege des Diebstahls oder der Unterschlagung).
- Wie andere internationale Konzerne auch, verfügt RUAG selbstverständlich über ein Internes Kontrollsystem (4- Augen Prinzip, Trennung von Verkauf und Logistik, Versand sowie Rechnungsstellung) und ein funktionierendes Compliance Management System (siehe dazu: RUAG Geschäftsbericht 2017, Seiten 24-27). RUAG legt Rechnung gemäss Swiss GAAP FER. Diese Systeme werden auch regelmässig von internen und externen Stellen auditiert.
- Beim betroffenen Mitarbeitenden erfolgte während seiner Anstellung bei RUAG zweimal eine Personensicherheitsprüfung (PSP) durch die Informations- und Objektsicherheit (IOS).
- Die Schweizer Bundesanwaltschaft hat bestätigt, dass sich die Strafermittlungen nicht gegen das Unternehmen RUAG, sondern gegen den besagten Mitarbeitenden richten.
- Aufgrund der Anzeige von RUAG selbst erfolgte eine Hausdurchsuchung an einem RUAG Standort in Thun, Schweiz. Es wurde ausschliesslich das Büro des betroffenen Mitarbeitenden durchsucht. Es wurden keine weiteren Büros oder Standorte von RUAG durchsucht, weder in der Schweiz noch in anderen Ländern.
- RUAG hat den betroffenen Mitarbeitenden per sofort freigestellt. Es handelt sich um ein laufendes Verfahren und es gilt die Unschuldsvermutung.

Seite 2 / 2

- RUAG hat seit Inkrafttreten des Embargos im Juli 2014 keine Produkte mehr nach Russland geliefert, die dem Kriegsmaterialgesetz und dem Embargo unterstehen. Dazu gehört auch jegliche Art von Munition.
- Sämtliche nach dem Kriegsmaterialgesetz relevanten Geschäfte, die RUAG mit Russland gemacht hat, haben vor dem Inkrafttreten des Embargos stattgefunden und wurden von der zuständigen Schweizer Behörde (SECO) geprüft und genehmigt.
- Die Compliance-Prozesse von RUAG haben gegriffen, so dass nach Eingang der Hinweise über die eigene Whistleblower-Stelle unverzüglich eine interne Untersuchung eingeleitet, die Bundesanwaltschaft informiert und auch Strafanzeige gestellt wurde.

Diese Medienmitteilung findet sich hier: <https://www.ruag.com/de/ueber-ruag/medienraum/news>

Informationen zum RUAG Konzern: Kirsten Hammerich, Media Relations Manager,
+41 79 770 81 18; kirsten.hammerich@ruag.com,

RUAG entwickelt und vertreibt international gefragte Technologieanwendungen in den Bereichen Luft- und Raumfahrt sowie Sicherheits- und Wehrtechnik für den Einsatz zu Land, in der Luft und im Weltraum. Die Produkte und Dienstleistungen von RUAG sind zu 56 % für den zivilen und zu 44 % für den militärischen Markt bestimmt. Konzernsitz ist Bern (Schweiz). Standorte befinden sich in der Schweiz sowie in 15 weiteren Ländern in Europa, den USA und Asien-Pazifik. RUAG erwirtschaftet einen Umsatz von rund CHF 1.96 Mrd. und zählt über 9200 Arbeitsplätze – davon 400 für Lernende.